

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierfach, 10000.— M. Anzeigenpreis: Die 5 geplast. Millimeterseiten für Werbung 800.— M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1000.— M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schaffestung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Telefon 3366 und 3357. Sitz der Redaktion: Freitagabend 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnements sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 28/29

Duisburg, Juli 1923

24. Jahrgang

Zur Frage der wertbeständigen Löhne

In steigendem Maße wird in den Kreisen der Lohn- und Gehaltsempfänger die Frage der wertbeständigen Löhne erörtert mit dem Hinweis darauf, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Arbeitskraft ihre Substanz erhalten müsse. Das ist in der Zeit des Währungsverfalls und der immer größeren werdenden Differenz zwischen Lohn und Preis nur zu gut zu verstehen.

Die Gewerkschaften haben stets ihre Politik darauf eingestellt, den Reallohn hochzuhalten und eine Anpassung der Löhne an die Geldentwertung zu erreichen. Sie haben dabei viel erreicht und ohne ihre Arbeit jährt es heute im Arbeiterhaushalt geradezu jämmerlich aus. Aber trotzdem ist die Unzulänglichkeit der Entlöhnung selbst von Unternehmern zugegeben. Die Gründe liegen auf folgenden Gebieten:

- 1) wirtschaftliche Gründe; Verlust des Krieges Reparationen, Emporschnellen der Preise, hervorgerufen durch die Kurschwankungen. Jedes neue Steigen des Dollars bringt eine neue Teuerungswelle. So kommt es, daß vielfach Lohnerhöhungen bereits durch weitere Preissteigerungen überholt sind;
- 2) die geringe Einstift weiter Unternehmerschichten, die selbst in dieser Zeit noch um ein paar Mark feilschen oder sich sogar gegen weitere Lohnerhöhungen stemmen;
- 3) die mangelnde Energie breiter Arbeiterschichten in der Belästigung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten (Beitragszahlung) und was noch schlimmer und folgenschwerer ist, das Unterwühlen der Gewerkschaften durch radikale kommunistisch-unionsistische Keimzellen.

Diese drei Gründe waren ausschlaggebend, daß trotz intensiver gewerkschaftlicher Arbeit die Lohnfrage nicht immer so geregelt werden konnte, wie es notwendig war. Dabei gerät der Arbeiterhaushalt ins Wanken. Daß unter solchen Umständen der Auf nach einer Erhöhung der Löhne, die bei jedem Schwanzen der Valuta tatsächlich eine Mindevereinahme bedeuten, in den Gewerkschaften sich zu verdichten begann und zu Forderungen führte, ist selbstverständlich.

Heute ist diese ganze Frage noch im Fluss. Die Namen Indexlohn, Goldlohn, Weltmarktlohn, Friedenslohn, Natürlich schwirren je nach Schätzung der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen durcheinander und dieses daran ist nur ein Schlagwort und wird demgemäß von radikalen Seiten auch ausgebeutet. (Wir haben die Fragen bereits in Nr. 29 und 30/1922 untersucht.) Die Sache ist denn auch zu ernst, um sie mit Schlagworten abzutun und so einfach ist die Frage nicht zu beantworten, wie es die sozialistische Metallarbeiterzeitung Nr. 27 macht, die „Friedenslöhne“ fordert und als ihr Ziel aussieht, „bedenkt über das reale Friedensinkommen hinauszugehen.“ So liegt der Wunsch da, so heißt das doch, die Möglichkeiten unserer heutigen Wirtschaft entweder bewußt oder unbedingt nicht sehe.

Die Schlagwörter haben vor uns zu entholten und klar und tief an die Frage heranzuziehen.

Warum ist die Frage so dringend geworden?

Wir nähern uns mit jedem Tage der bedenklichsten Krise, die wir zum erstenmal seit einem Jahrhundert wieder zu verzeichnen haben, der Unterkonsumtionsweise weitester Schichten unseres Volkes. Sie sind nicht mehr in der Lage, das zum Leben Notwendige zu erkennen, weil einerseits die Preise aller Bedarfssortikel in einem rasenden Tempo bergauf eilen und andererseits das Ausgleichsmittel der Löhne und Gehälter bei weitem nicht Schritt hält mit der durch die Entwertung des Geldes und auf durch Wucher und Schieberei verteuerten Lebensbedarfssortikel.

Sit das Zehr an der Kapitalsubstanz ein zweifelhaftes volkswirtschaftliches Experiment, das sich auf die Dauer rüthen wird, so bedeutet das fortwährende Zehr am wichtigsten volkswirtschaftlichen Produktivkapital, an der menschlichen Arbeitskraft, geradezu den Ruin einer Nation, einer Wirtschaft, ganzer sozialer Gebilde und Gefüge. Auf dem Wege befinden wir uns.

Was nützt der beste Geschäftsbericht, was nützt ein neues Weltmarktmonopol in irgend einem Industrieprodukt, wenn die Kräfte weiterer Volksschichten versiegen.

Wir stehen im achten Jahre dieser erschreckenden Tatsachen und was an Kräften frühzeitig dahinfließt, was an Minderleistungen sich zeigt, mag zum Teil sicher auf die seelischen Folgeerscheinungen jeden Krieges zurückzuführen sein (mangelnde Arbeitsfreude, aus dem Gleise geworfenes Leben, Abnahme der Moralbegiffe, des Autoritäts- und Disziplinsgefühls), aber zu 90 Prozent spiegeln sich darin wieder die fraktkrassen Bilder an Mangel und Elend, an denen die den gewissen Presse ausgebauten Erzählungen über Arbeitergeschichten“ gar nichts ändern können.

Wir wollen Gott Worte nur einige Zahlen herzeigen, die den düsteren Zustand der Lage kennzeichnen.

Mittelgang des Verbrauchs:

a) Fleisch

	1913	1922
24 Millionen dz	13 Millionen dz	

Also ein Ausfall von 42 Prozent.

b) Getreide

	1913	1922
pro Kopf 249 kg	pro Kopf 181 kg	

Ausfall von 27 Prozent.

c) Kartoffeln

	1913	1922
pro Kopf 700 kg	pro Kopf 341 kg	

Ausfall von 51 Prozent.

Sämtliche Ziffern von 1913 sind berechnet auf den Gebietsumfang Deutschlands von 1922.

Geburtenziffern. Auf je 1000 Einwohner entfielen an Geburten in Berlin:

	1913	1920	1921	1922
	19,4	17,5	14,9	11,5

Diese Zahlen sind erschütternd. d. Nein, an diesen Zahlen ist nicht nur die ungebundenere Moral schuld. Berlin weist heute die geringste Geburtenziffer sämtlicher Großstädte in der ganzen Welt auf und selbst das geburtenarme Paris steht um 5 Geburten pro tausend besser.

Sterblichkeitsziffern. Auf je 1000 Einwohner entfielen an Todesfällen in Berlin:

	1913	1920	1921	1922
	13,5	16,0	13,3	15,1

Die Zahlen sind erschütternd. d. Nein, an diesen Zahlen ist nicht nur die ungebundenere Moral schuld. Berlin weist heute die geringste Geburtenziffer sämtlicher Großstädte in der ganzen Welt auf und selbst das geburtenarme Paris steht um 5 Geburten pro tausend besser.

Tuberkuloze: Auf je 1000 Einwohner entfielen an Todesfällen in Berlin:

	1913	1920	1921	1922
	18,1	17,5	17,0	18,6

Die Zahlen sind erschütternd. d. Nein, an diesen Zahlen ist nicht nur die ungebundenere Moral schuld. Berlin weist heute die geringste Geburtenziffer sämtlicher Großstädte in der ganzen Welt auf und selbst das geburtenarme Paris steht um 5 Geburten pro tausend besser.

Wahrungsnot.

Als verschärfende Tendenz fällt neben der schlechten Ernährung vor allem die Wohnungsnot ins Gewicht. Aus hunderttausenden von Beispielen ein einziges: In Berlin wurden an Krankenfassungen patienten, die kein eigenes Bett haben, sondern dasselbe mit zwei, ja selten mit drei Personen teilen müssen gezählt:

	1918	1919	1920
	8,07 Prozent	11,16	13,46

Durchschlagender kann das Schrecknis der Wohnungsnot gar nicht dargestellt werden, als mit diesen einfachen Ziffern.

Diese Zahlen sind tiestraurig und es ist Wahrheit, daß unsere Arbeitersfamilien von der Hand in den Mund leben müssen. Wir stehen vor der Zerstörung großer Kulturstärke, vor der Degeneration der Zukunft. Aus diesem Grunde muß es einen Weg geben und dazu darf kein berechtigtes Mittel gescheut werden. Als nächste Aufgabe gilt es den verdienten Lohn vor weiterem Heruntersinken seines Realwertes zu schützen.

Geschlagene Wege zur Lösung.

Über die verschiedenen Lohnformen, die augenblicklich Gegenstand der Erörterung zur Festlegung wertbeständiger Löhne sind, schreibt unser Kollege Kreis, der als Vertreter unseres Verbandes an den Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft teilnahm, die sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigte, um eine Lösung zu finden:

Der Goldlohn.

In den wirtschaftlich unterrichteten Arbeitnehmerkreisen herrscht kein Zweifel darüber, daß es nicht möglich ist, einen Goldlohn in ablesbarer Zeit zu fixieren. Von kommunistischer Seite wird aber aus agitatorischen Gründen das Schlagwort der Forderung von Goldlöhnen in die Massen geworfen. Dabei wird aber geflügelten vergeben, den Nachweis der Bezahlung von Goldlöhnen in Sowjetrußland, der kommunistischen Hochburg, zu erbringen. Die Begriffe, was Goldlohn ist, gehen auseinander. Meist begegnet man der Auffassung, es sei dies der Lohn der Vorkriegszeit unter Ausgleich der Marktentwertung gegenüber dem Dollar. Nichts ist verfehlt als dies. Hierbei wird außer acht gelassen, daß die Teuerung nicht bloß ihre Ursachen in der Marktentwertung hat, sondern auch in den erhöhten Preisen in Gold ausgedrückt ist selbst in den hochwertigen Wänden. So ist die Teuerung in Russland noch 1,8 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika noch 1,6 gegenüber einer Grundriss von 1 in der Vorkriegszeit Goldlohn zu fordern selbst mit den früheren Lohn plus einem entsprechenden Aufschlag in Gold plus Marktentwertung zu verlangen.

Die Möglichkeit der Erzielung und Bezahlung eines solchen Goldlohnes kann in der gegenwärtigen Zeit kaum ernsthaft vertreten werden. Dagegen sprechen eine Reihe wirtschaftlicher Gründe. Es ist zur Zeit nicht denkbar, die Löhne für die Arbeitskraft so zu zahlen, wie vordem. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist nicht mehr die der Vorkriegszeit. Der Friedensvertrag mit seinen Verpflichtungen, Bari- und Schilderungen, dem Verlust der Auslands- guthaben, dem Verlust vieler Patente, von Rohstofflieferungen und Handelsmiederlassungen, tut seine beabsichtigte Wirkung. Die Menschenverluste und die Schädigung und Entkräftigung Millionen von Menschen wirken sich aus. Das Auscheiden Russlands aus dem Westhandel ist fühlbar. Unsere Kapitalnot macht fürzeste Zahlungsrisiken für Lieferungen notwendig, während die ausländische Konkurrenz bei Lieferung von Waren weitgehend Rache einräumt. Da wir aber exportieren müssen, um Leben zu können, muß der Anteil in einer günstigen Preisstellung gegeben werden, wodurch wir in die Unmöglichkeit versetzt werden, „Weltmarktpreise“ zu erzielen. Wir erreichen somit nicht den vollen Gegenwert und haben somit nicht den gleichen Gewinn wie das Ausland. Dabei kann aber auch nicht verschwiegen werden, daß im allgemeinen der technische Fortschritt der deutschen Industrie mit der ausländischen Konkurrenz nicht gleichen Schritt gehalten hat. Inwieweit hierbei die niedrigen Löhne in Deutschland zu diesem Rückstand verleitet haben, ist ein Kapitel für sich. Alle diese Gesichtspunkte zeigen aber die Unmöglichkeit, die erwähnten Goldlöhne zu bezahlen.

Eine solche Forderung ist aber auch rechtlich und moralisch nicht vertretbar. Wir haben zur Zeit teilweise noch eine zwangsweise Preisbildung unter Weltmarktpreis, so beim Getreide, Zucker, Kohlen und Miete. Letztere allein erforderte in der Vorkriegszeit einen Aufwand von einem Hundert bis einem Viertel des Einkommens, jetzt dagegen nur vielleicht ein Dutzendtel. Eine Friedensmiete von 40 Goldmark würde bei 10.000facher Geldentwertung eine monatliche Zinszahlung von 1,6 Millionen Mark erforderlich machen, also das gesamte derzeitige Monatseinkommen eines Arbeitnehmers. Hierbei ist aber erst die Geldentwertung berücksichtigt, nicht aber die bereits erwähnte Erhöhung der Weltmarktpreise, die ja auch bei Errichtung von Wohngebäuden in Betracht kommt. Unter diesen Umständen Weltmarktgoldlöhne zu fordern, ist ein Irrsinn. Die Erzielung solcher würde zu ganz gewaltigen Preissteigerungen führen und unerträgliche Zustände für Invaliden, Rentner, Witwen usw. herbeiführen. Die weitere Folge würde aber die Unterbindung der Exportmöglichkeit nach dem Ausland und in Konsequenz eine ungeheure Arbeitslosigkeit in Deutschland sein. Für gewisse Leute wäre das „Kaisers Wasen“ auf ihre Märchen.

Der „wertbeständige“ Lohn.

Gelingt man auf Grund obiger Tatsachen zu einer Ablehnung des Goldlohnes, so liegt sich nicht verleugnen, daß die bisherige Art der Lohnvereinbarungen nicht mehr haltbar ist. Das Bestreben der Gehalts- und Lohnempfänger, wenigstens ihren jetzigen Reallohn zu erhalten und soweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten, wieder zu haben, ist durchaus berechtigt und vertretbar. Die jetzigen Bestrebungen der Gewerkschaften sind darauf gerichtet, durch Tarifvertrag einen festen Grundlohn für eine gewisse Frist, vielleicht 1—3 Monaten, zu vereinbaren und in der Zwischenzeit eine automatische Angleichung der Löhne an die Geldentwertung zu erzielen. Eine diesbezügliche Bestimmung müßte im Tarifvertrag aufgenommen werden. Schwierigkeiten bestehen einerseits darin, welcher Lohnsatz als Grundlohn gelten soll und andererseits, nach welchem Index die Steigerungen einzutreten sollen. Den Friedenslohn als Grundlohn zu nehmen verbietet sich aus der Umstaltung, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Lohnverhältnisse zwischen den verschiedenen Industriezweigen und innerhalb des einzelnen Wirtschaftszweiges zwischen den einzelnen Betriebsschichten erachtet haben. Es bleibt deshalb kein anderer Weg, als den derzeitigen Lohnsatz, gegebenenfalls nach Angleichung und Berichtigung, als Grundlohn festzulegen. Für den Ausgleich innerhalb der Tarifzeit soll der Lebenshaltungsindex dienen. Die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium haben dahin geführt, daß vom Reichsstatistischen Amt nunmehr wöchentlich ein Lebenshaltungsindex ergibt, der auf Feststellungen paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Kommissionen basiert, veröffentlicht wird. Bisher erfolgte die Veröffentlichung nur monatlich nach Errechnung des Durchschnitts der 7. und 24. des Monats gemachten Erhebungen. Dies genügte im Hinblick auf die Geldentwertung den Notwendigkeiten auch nicht im entgegengesetzten mehr. Nunmehr sollen jeden Montag die 7. und 24. Monate getroffen werden und zwar sowohl für das Vorjahr wie auch bezirklich und jeden Mittwoch die Veröffentlichung erfolgen. (Schluß folgt)

In jeder Zahlstelle und Ortsgruppe unseres Verbandes muß zum mindesten in jedem Monat eine Mitglieder-Versammlung stattfinden, denen in der Regel voran zu gehen eine Sitzung des Vorstandes und der Beiräte aussteht.

In der Zeit der schwersten Nöte, einer nie gesehenen gewerkschaftlichen Schwierigkeit und der Umwälzungen im gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Leben ist dieses unabdinglich notwendig. Ein Behandlung und Belehrungskostoff fehlt es nicht. Der sattlammvolante „freunde Redner“ braucht auch nicht immer zur Stelle zu sein, sondern

aus eigener Kraft muß neue Rosen in den örtlichen Versammlungen und Sitzungen erheben!

Auch minder gut besichtigt, ja selbst die kleinste Versammlungen und Sitzungen sind, wenn sie vom rechten Geiste getragen werden, Rose, aus denen gutes Gewissen für die wirkliche Arbeiterschaft sprudelt. Natürlich sind Kärtchen und vollständig besuchte Versammlungen und Sitzungen von einem höheren Wissungsgrad. Deshalb:

„Diese Quellen sollen nie Rosen noch erhalten!“

„Gefunde Lohnpolitik“

III.

F.B. Und wenn Dr. Weissinger englische Untersuchungen über den Stand des Reallohnes in beiden Ländern zur Beweisführung für seine Ansichten reizt, dann möge er auch den Aussag in der „Westminster Gazette“ über die Kaufkraft englischer und deutscher Angestellten gehörig sich vor Augen halten, dem folgende Ziffern entnommen werden:

	ein deutscher Angestellter	ein englischer Angestellter
1 Pfund Margarine	5 Stunden	20 Minuten
1 Ei	30 Minuten	10 Minuten
1 Pfund Feinzucker	1 Stunde	20 Minuten
1 Pfund Rindfleisch	4,20 Stunden	1,15 Stunden
1 Pfund Seife	45 Minuten	12 Minuten

Die dieser Berechnung zugrunde gelegten Preise sind durch das neue Klettern der Preise in Deutschland zudem wieder überholt.

Das neue in den Vordergrund gestellte Argument der Unternehmer, das durch Dr. Weissinger vertreten wird, nämlich, daß man bei der Untersuchung des Lohnanteils nicht irgend ein Endprodukt nehmen dürfe, sondern feststellen müsse, wie groß der Lohnanteil in den aufeinanderfolgenden Stufen der Produktion, angefangen von der Kohle und den Rohstoffen, sei, Klingt natürlich plausibel. Es fällt uns aber auch gar nicht ein, bei solchen Vergleichen nur ein Produkt in Betracht zu ziehen. Auch in der Vorfriedenszeit haben selbstverständlich in den Halbfabrikaten bereits Lohnanteile gesteckt und auch diese sind in der Nachkriegszeit erheblich niedriger. Wenn dieses der Fall ist, und das trifft zu, dann ist selbstverständlich der Gesamtlohn, der in einer Fertigware steht, im Vergleich zu den sonstigen Kostenarten jetzt niedriger als früher und in Deutschland jedenfalls niedriger als in den mit der deutschen Industrie im Wettbewerb stehenden Ländern, die ja auch nach dem Kriege nicht die früheren Produktionsziffern erreicht haben und zudem noch weitestgehend stehende Heere in unproduktiver Weile zu erhalten haben. Man greift nicht fehl, wenn man, überschlägig gesehen, die durchschnittliche Preisbildung in Deutschland auf das 7000fache des Friedensstandes einerseits und die Lohnentwicklung auf das 2000–2500fache andererseits annimmt.

Die deutsche Wirtschaft hat, von Ausnahmen abgesehen, sich von dem unbeständigen Wertmesser, der Papiermark, abgewandt und ihre Preise ganz richtigweise größtenteils nach der Goldrechnung eingestellt. Nur der Staat erhält noch (abgesehen von den Zöllen und Ausfuhrabgaben) keine Steuern nach der Goldrechnung von den Unternehmen, und bei den Arbeitnehmern wird diese Goldrechnung hinsichtlich der Entlohnung auch noch nicht praktifiziert. Die Meinung Dr. Weissingers, daß auch die Einzellöhne sich schon vielfach der Goldgrenze näherten, ist zweifellos eine irrtümliche. Es gehören schon allerhand Kombinationen dazu, um solche „Goldlöhne“ bei einzelnen Arbeiterkategorien herauszurechnen.

Dr. Weissinger macht den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie bei ihren Berechnungen den Fehler begingen, daß sie das Vielfache des Lohnes und damit den Lohnanteil immer nur auf den Lohn des einzelnen Arbeiters aufstellten und nicht untersuchten, ob nicht im Verhältnis zu der Vorfriedenszeit gerade hier grundlegende Änderungen für ihre Produktionsmöglichkeiten sowie für den Produktionsgang selbst eingetreten seien, die zu einem ganz anderen Ergebnis führen würden.

Von den Kulturaufgaben der Arbeiterschaft

G.N. Die Arbeiterschaft hat heute sowohl absolut durch ihre Zahl wie auch durch ihre Organisation eine gewaltige Macht in Händen. Die Grundlage hierfür bietet die demokratische Einrichtung des Staates und der gegenwärtige Fortzug der Wirtschaft und der Realgüterproduktion ins Leben, bedingt durch die ausgehustete Lage der Welt. Hiermit ist der Arbeiterschaft die Möglichkeit geboten, manche ihrer Ideale in verwirklichter, selbsttätiger und fördernd in das Kulturrat der Menschheit einzutragen. Ja, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, denn sonst hätte die Geschichte ihr dienen Betrieb nicht in die Hände gesetzt.

Und wirklich hat die Arbeiterschaft der menschlichen Kultur ganz monches zu geben. Aber solche Wirkung geschieht nicht durch blindes und ungehemmtes Zuwenden, sondern erhält seine Stärke durch einen zielbestimmten und leidenschaftlichen Willen. Vor hier aus erkennt man die umgebene Bedeutung und Wichtigkeit des Bildungswesens für die heutige Arbeiterschaft, was hier über nicht erörtert werden kann.

Was will und soll die Arbeiterschaft der Kultur an weiteren Pionieren geben, welches sind ihre Kulturaufgaben? Zunächst vorerst ein neue Kultur für in ihrer Macht ist Berangestellt im Kampf mit dem unvergleichlichen Liberalismus, dem kapitalistischen Individualismus. Sie hat diesen Kampf immer in der freien Gemeinschaft geführt und tritt gegenwärtig für die Freiheit von Form und Geist der Gemeinschaft

wollen. Nicht nach dem Vielfachen des Lohnes des einzelnen Arbeiters gegenüber dem Friedenslohn, sondern nach der gesamten im fertigen Produkt stehenden Lohnsumme sei die Frage des Lohnanteils zu beurteilen. Das Vorhere ist unbestreitbar und es wird seinem ernst zu nehmenden Gewerkschaftsvertreter einfallen, die mittelbaren Lohnosten bei Vergleichen außer Betracht zu lassen. Diese Dinge aber darf zu überstreichen und den Schluß zu ziehen, daß die deutsche Gesamtproduktion bereits mit einer Gesamtlohnsumme in Gold annähernd auf Friedenshöhe, zum Teil über Friedenshöhe belastet ist, sollte man bei einem so ernsten Manne, wie es Dr. Weissinger ist, kaum für möglich halten. Es wäre übrigens eine dankbare Aufgabe für Unternehmenshändler, einmal zu untersuchen, inwieweit die äußerst billigen Löhne die Unternehmer verführen, zu viele menschliche Hilfskräfte einzustellen, anstatt mit allen verfügbaren Mitteln den technischen Fortschritt zu fördern. Darin aber geht es mit Dr. Weissinger konform, daß wir nach und nach mit der Zwangsarbeit auf allen Gebieten, wo sie noch besteht, aufzuräumen müssen, wobei allerdings das Wohnungswesen des Monopolcharakters wegen noch für lange Zeit eine Ausnahme wird bilden müssen. Dabei verhahle ich mir auch keineswegs, daß die die Wirtschaft hindern Demobilisierungsvorschriften nicht alle in Ewigkeit fortbestehen können, manches wird fortfallen, was sich bewährt hat, in Gesetzform gegossen werden müssen.

Wenn Dr. Weissinger aber unter „Fortsatz der Zwangsarbeit“ auch die Beseitigung der Ansäße der Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben und in der deutschen Wirtschaft überhaupt versteht, dann vermögen die Arbeitnehmer ihm unter keinen Umständen in diesen gefährlichen Gedankengängen zu folgen. Ueber die Frage einer vernünftigen Anpassung der Arbeitszeit an die Erfordernisse und Eigentümlichkeiten der deutschen Wirtschaft lassen von Fall zu Fall alle einschlägigen Arbeitnehmervertreter durchaus mit sich reden. Diese stehen durchweg auch nicht auf dem Standpunkt, daß den deutschen Arbeitnehmern in absehbarer Zeit „Goldlöhne nach dem Friedensstande“ bezahlt werden können. Die Errreichung von Friedenslöhnen, die im freilichen Sinne eigentlich heute nicht einmal solche wären, da die Weltmarktpreise für die notwendigen Lebens- und Bedarfssachen sich bedeutend über das Niveau des Friedensstandes erhoben haben, steht noch in weiter Ferne. Wenn auch nicht bestreit werden kann, daß viele Arbeiterkategorien bei Auffordung an die Kaufkraft bereits erreicht und wie einwandfrei nachgewiesen werden kann, sogar überschritten haben, so ist es dennoch richtig, daß die Kaufkraft des Arbeitnehmervereintemms im Sinne der Vorfriedenszeit solange nicht in die Erscheinung treten kann, als die deutsche Wirtschaft nicht durchgehend die gleiche Gütermenge der damaligen Zeit herstellt. Eine weitere Voraussetzung wäre das Eintreten einer höheren Wertbeständigkeit der deutschen Zahlungsmittel. Die vielfachen Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten, auch bei der Auseinandersetzung und Feststellung der Gehälter und Löhne, ähnlich wie sonst in der Industrie, die Goldrechnung zugrunde zu legen und zu größter Klärheit und Sicherheitlichkeit im Lohnwesen zu kommen, ist absolut nicht schlechthin identisch mit der Forderung nach Goldlöhnen. Doch darüber soll in späteren Abhandlungen getredet werden.

Gestaltung des Arbeiterrinnenschutzgesetzes nach dem Kriege

E.V. Viel zu wenig wissen die deutschen Arbeiterinnen, die ihre ganze Kraft, ihre Gesundheit und oft genug ihr Leben eischen für die deutsche Wirtschaft, von den Bestimmungen, die zum Schutz ihrer Gesundheit, zum Schutz ihres einzigen Gutes, ihrer Arbeitskraft, geschaffen wurden. Sie befreien sich nicht gern mit dem Studium von Gelehrten und Verordnungen, die meist schwer verständlich gehalten und ermüdend zu lesen sind. Die Arbeit in der Fabrik ist schwer und wirkt absumpfend, da ist es begreiflich, daß die meisten Arbeiterinnen froh sind, derselben entronnen zu sein, und daß sie nach derselben wenig Interesse für die fraktive Gesetzesmattheit haben. Und doch wäre es notwendig, daß die Arbeiterin die wichtigsten Bestimmungen, die von entscheidender Bedeutung für ihre Lebensgestaltung sein können, lernt. Daraus wird sie in der Lage sein, sich selbst zu schützen, wenn Unbilliges von ihr verlangt wird, wenn mangelhafte Schutzvorrichtungen im Betrieb ihre Gesundheit oder gar ihr Leben gefährden. Ganz dann wird sie ihren Schwestern der Arbeit helfen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, also praktische Nächstenliebe üben können.

Vielleicht ist es gut, sich zu erinnern, wie es in früheren Jahrzehnten um den Arbeiterinnen- und Jugendenschutz bestellt ge-

würdigen zu können. Werde doch in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als wir schon eine blühende Industrie hatten, jede kleine Besserung der Lage der Arbeiterrinnen und Jugendlichen im vermeintlichen Produktionsinteresse bestrebt. Jähre zehnte müssen vergehen, ehe die elementarsten Forderungen der Menschlichkeit sich durchdringen können. Das Gleiche bis vortägigen Volkes muß erst unbeschreiblich lang werden, ehe der unfähigen Not überarbeiteter Frauen und launen lebensfähiger Kinder gesteuert wurde. Nach und nach erst wurde der heute geltende Arbeiterrinnen-Schutz in der Gewerbeordnung (Titel VII) und in einzelnen Verordnungen festgelegt. In folgendem soll der Arbeiterrinnen-Schutz, so wie er nach dem Kriege gestaltet wurde, kurz dargelegt werden.

Vom Arbeiterrinnen-Schutz werden alle erwachsenen Arbeiterrinnen, die sind solche über 16 Jahre, erfaßt. Alle Arbeiterrinnen unter 16 Jahren gelten als Jugendliche, der Schutz für diese deckt sich jedoch in den meisten Fällen mit den Bestimmungen des Arbeiterrinnen-Schutzes. Der Schutz erstreckt sich vor allem auf die Regelung der Arbeitszeit und Arbeitsruhe, auf den Ausschluß der Arbeiterrinnen von gewissen Industrien und Betrieben, auf das Verbot von bestimmten Arbeiten aus gesundheitlichen oder auch sitzlichen Gründen.

Nach der Revolution von 1918 wurden zunächst die Schutzbestimmungen, die während der Kriegsjahre aufgehoben waren, für weibliche und jugendliche Arbeiter durch den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten am 12. November 1918 wieder in Kraft gesetzt. Durch Verordnung vom 23. Dezember 1918 wurde dann der Arbeitstag für alle gewerbl. Arbeiter und Arbeiterrinnen eingelebt. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit von acht Stunden ohne Pausen für die erwachsenen Arbeiterrinnen soll für die erwachsenen Arbeiterrinnen nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und um spätestens 8 Uhr abends enden sein. An den Vorabenden von Sonn- und Festtagen würde schon vor dem Kriege die Zahl der Arbeitsstunden verringert und das Werk selber geschlossen. Die Arbeiterrinnen sollen noch ihre häusliche Arbeit in Ordnung bringen können, damit sie die Sonn- und Feierstage ganz frei haben. Überhaupt sollen sie außerhalb der Arbeitsstunden ganz frei sein. Deshalb ist es verboten, ihnen für die Abendstunden und für die Sonntage Arbeit mit nach Hause zu geben. Nur an den Tagen, an denen sie nicht die volle, gleichzeitig zulässige Zeit im Betrieb beschäftigt waren, kann ihnen für den Rest der zulässigen Arbeitszeit Arbeit mit nach Hause gegeben werden. Nicht zu rechtfertigen ist die Tatsache, daß die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 eine Verkürzung des Nacharbeitszeitverbotes für Frauen und der Pauses brachte. Eine werkslose Errungenschaft, die am 28. Dezember 1908 bei der Gewerbeordnungsänderung erreicht wurde, ging damit verloren. Seit 1918 dürfen nunmehr Arbeiterrinnen in zwei oder mehrstündigen Betrieben bis 10 Uhr abends beschäftigt werden. Die obligatorischen Pausen der Gewerbeordnung wurden von einer auf eine halbe Stunde gezeigt. Arbeiterrinnen, die höchstens 4 Stunden täglich beschäftigt werden, brauchen keine Pause gewährt zu werden. Bei einer täglichen Arbeitszeit von 4–6 Stunden ist eine vierstündige Pause zu gewähren. Den im Zweischichtensystem beschäftigten Arbeiterrinnen steht nach der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden zu. Bei einer Arbeitszeit über 8 Stunden muss ihnen eine einstündige Pause gewährt werden. Arbeiterrinnen, die ein Hauswesen zu versorgen haben, sind, wenn sie es beantragen, ½ Stunde vor der Pause zu entlassen, so daß sie eine Stunde für die Häuslichkeit in ihrer Häuslichkeit haben. Die Verschlechterungen haben sich eingeschlichen im Interesse des Zweischichtensystems. Die Nachteile der Verschönerung der Nachruhe und der Pauses werden durch die allgemeine Arbeitsverkürzung nicht aufgehoben. Es ist zu befürchten, daß sie den Aufstieg für weitere Rückbildungen des Arbeiterrinnen-Schutzes bedeuten. (Die Forderungen der Industrie bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes gingen schon auf eine Ausdehnung der Frauennächtarbeit bis 11 Uhr!) Damit ist aber auch das große Ziel unserer Gewerkschaft stark gefährdet, das die Frauennächtarbeit nach der besonderen weiblichen Geeignetheit für bestimmte Gewerbe und Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt eingruppiert wissen will.

(Fortsetzung folgt.)

Eine gute Bibliothek

muß in jeder Zahlstelle und Ortsgruppe unseres Verbandes sein! Bei den heutigen hohen Papier- und Bücheraufpreisen ist es nicht jedem Mitglied möglich, die notwendigen Bücher und Schriften zu kaufen. Unsere Bestrebungen erfordern aber, daß

unsere Mitglieder geltige Höhenspade wenden,

d. h. auch unsere Bücher und Schriften lesen und als Nachschlagewerke benutzen können. Bei der Tenuina finden wir einen wiederkleblichen Klammerklemme durch die örtlichen Verbandsbibliotheken. Trägt hier nur jedes Mitglied ein Scherlein zu Gründung dazu. Dann kann jeder Bibliothek bei, so wird jedem einzelnen und allen geholfen in dem Streben:

Durch Sicht nach oben!

zählt, ist also längst nicht erfüllt und abgeschlossen. Auch hier ist der einer naheliegenden einheitlichen Arbeitsteilung zu warnen, nämlich der, die gern Gerechtigkeit und Gleichberechtigung mit Gleichmacherei, einer öden kulturmüden Tendenz, verwechselt.

Ein schöner Ausdruck der Gerechtigkeitsidee ist hauptsächlich der soziale und caritative Sinn, vor allen Dingen, wenn er von strahlendem Glanz verklärt wird. Die Arbeiterschaft, die das soziale Glück mit genüge am eigenen Leibe verbürtigt hat, sollte das nie vergessen und all ihren Einfluss ausspielen, um jedermann einer ähnlichen Lage zu entziehen.

Ein Hauptproblem unserer verworteten Zeit ist immer noch das der Vereinbarung zwischen der notwendigen Autorität und der inneren Freiheit. Auch du weißt die Arbeiterschaft einen Weg, und zwar den einzigen möglichen, der zur „autoritativen Demokratie“ führt. Die Autorität, die man sich selbst gegeben habe, muß man tragen für inneren Freiheit voll anerkannt und immer wirken lassen. Das ist die innere Autorität, eine der höchsten Kulturstrukturen, die die christliche Arbeiterschaft in ihren Organisationen längst vorbereitet hat und die nun in immer weitere Kreise getragen werden muss.

Wir allein aber soll die Arbeiterschaft der universelle Form unserer sozialen Wohlstadt: der Natürlichkeit, der Gründlichkeit, der Fröhlichkeit, der kulturellen Festigung, der Lebensvermehrung, überzeugen der angeworbenen kritischen Grundsätze sein. Längst ist es bekannt, daß alle Bemühungen zum Wiederauftaum unseres Staates ergebnislos sein werden, wenn nicht zugleich eine kritische Erneuerung einsetzt. An diesem Punkte wäre besonders die christliche Arbeiterschaft ihre ganze Macht, ihre Kräfte und ihren Einfluß einzusetzen, denn das ist ihre höchste und schönste Mission und Aufgabe!

Der „Regulator“

Das Organ des Hirsch-Dunkerschen Gewerbevereins hat sich in seiner Nr. 24 etwas in unserer diesjährige Abrechnung der Hauptfasse vorstellt, und stellt seit, wie schlecht unser „Verband unter der Wirkung dieses Beitrages abgeschnitten hat“. Der „Regulator“ führt nun bestätigt, diesen Sach in Spezialdruck seinen Lesern zu zeigen. Wir sind unbescheiden genug, anzunehmen, daß der Hirsch-Dunkersche Gewerbeverein herzlich froh wäre, wenn er schon einmal erkt, „so schlecht abgeschnitten“ hätte wie unser Verband in puncto Beitragsszahlung. Denn wenn die Gesamtverwertung und die ausreichende Beitragsleistung sich nicht am grünen Holze unterscheidet, so ist es mit dem Metallarbeiterverbandes bemerkbar nicht, wie wird es dann erst am übrigen Holze des Hirsch-Dunkerschen Gewerbevereins aussehen? Der H. D. Gewerbeverein hinkte ja stets hinter nach. Von 1913 bis Ende 1922 betrug die Steigerung des Pflichtbeitrages an die Hauptkasse im Christlichen Metallarbeiterverband 170fache, die im Hirsch-Dunkerschen Gewerbeverein nur das 115fache. Die Beitragsfrage ist immer die Achillesferse des H. D. Gewerbevereins gewesen, und darin hat er eitlige Charaktereigenschaften seines toten Bruders, des sozialistischen Metallarbeiterverbandes. Wie ganz anders ständen heute die Metallarbeiterorganisationen da, wenn diese beiden die Beitragsfragen genau so klagt angefaßt hätten, wie es unser Verband allein tat! Wenn der H. D. Gewerbeverein jetzt seinen Leuten eine bessere Beitragsszahlung ans Herz legt, dann ist das für ihn doppelt notwendig, zumal er Jahrzehntlang hinter nachzog. Hinsichtlich der Beitrags Höhe sollte sich der H. D. Gewerbeverein nur an seinem jüngeren, aber größeren Bruder, dem Christlichen Metallarbeiterverband ein Beispiel nehmen, dann wäre schon viel erreicht. Sede neue Beitragsregelung unseres Verbandes wollen wir ihm schon gern kostenlos zur Nachprüfung aufstellen.

Steuerabzug vom Arbeitslohn

Ab 1. Juli tritt eine Erhöhung der Abgabe von der Lohnsteuer in Kraft, und zwar beträgt die Säße, um die sich der vom Arbeitslohn erhaltende zehnprozentige Betrag erhöht, bei jeder nach dem 30. Juni folgenden Zahlung:

1. Für den Arbeitnehmer selbst und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau monatlich 8000 M. (bisher 1200), wöchentlich 1440 M. (288), täglich 240 M. (48).

2. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitsentkommen bzw. nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitsentkommen über für jeden vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen monatlich 4000 M. (bisher 800), wöchentlich 800 M. (160), täglich 1800 M. (320).

3. Zur Abgeltung der noch § 13 des EStG. zulässigen Abzüge (Werbungskosten [Haushalt]) monatlich 50 000 M. (bisher 10 000), wöchentlich 12 000 M. (2400), täglich 2000 M. (400).

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Die täglichen Unterstützungsätze für Erwerbslose und Kurzarbeiter sind vom Reichsarbeitsministerium mit Wirkung vom 25. Jun 1923 wie folgt geändert worden:

1. Für männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, in den Orten der Ortsklasse A, 9000 M., B 8400, C 7700; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben A 7900, B 7400, C 6800, D u. E 6300; c) unter 21 Jahren A 5500, B 5100, C 4500, D u. E 4100.

2. Für weibliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben A 7900, B 7400, C 6800, D u. E 6300; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben A 6600, B 6100, C 5700, D u. E 5200; c) unter 21 Jahren A 5000, B 4600, C 4200, D u. E 3900.

3. Als Familienschlüsse: a) für den Ehegatten A 3300, B 3200, C 3000, D u. E 2800; b) für die Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Angehörige A 2800, B 2400, C 2200, D u. E 2100.

Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung sind steuersfrei. Kollegen, die über die Verrechnung der Erwerbslosenunterstützung im Zweifel sind, erhalten sofort Auskunft auf den Sekretariaten unseres Verbandes.

Für unsere Betriebsräte

Die Freistellung des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats wird davon abhängig gemacht, daß der Vorsitzende von Fall zu Fall die Notwendigkeit einer Dienstbefreiung nachweist.

Entscheidung des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 28. März 1922 — Nr. 257.

Gründe:

Im vorliegenden Falle handelt es sich um einen Betrieb von 1400 Arbeitnehmern, in dem außer 5 Einzelbetriebsräten noch ein Gesamtbetriebsrat besteht. Zu entscheiden ist lediglich über die Freistellung des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats von der Arbeit, da nur bezüglich dieser Angelegenheit die Zuständigkeit des verläufigen Reichswirtschaftsrats besteht (§ 94 BRG.), während über die Freistellung der einzelnen Betriebsräte die örtlichen Entscheidungsstellen zuständig sind. Gilt den Umgang der Tätigkeit des Gesamtbetriebsrats neben der Tätigkeit der außer ihm bestehenden Einzelbetriebsräte trifft § 91 BRG. die grundlegende Bestimmung. § 91 BRG. besagt, daß in den Fällen, in denen neben Einzelbetriebsräten ein Gesamtbetriebsrat besteht, den Einzelbetriebsräten die Obliegenheiten und Befugnisse der Betriebsräte mit hinsichtlich der Einzelbetriebe zuliegen, während der Gesamtbetriebsrat für die gemeinsamen Angelegenheiten des Unternehmens zuständig ist. In Hand dieser Bestimmung ist zu prüfen, ob eine darüber hinausgehende Freistellung des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats von der produktiven Arbeit notwendig im Sinne des § 85 BRG. ist.

Nach dem klaren Wortlaut des § 91 Abs. 2 BRG. haben die Gesamtbetriebsräte in den Fällen, in denen neben ihnen noch Einzelbetriebsräte bestehen, nur die für den Betrieb gemeinsamen Angelegenheiten zu erledigen, während die einzelnen Angelegenheiten der Einzelbetriebe zu der ausschließlichen Tätigkeit der Einzelbetriebsräte gehören. Bei dieser Trennung gehören entgegen Aussführungen des Antragstellers, die im § 78 BRG. aufgeführt wurden, Angelegenheiten nicht zu der Tätigkeit des Gesamtbetriebsrates. Gerade aber die dort im § 78 BRG. aufgeführten Angelegenheiten der Einzelbetriebe ein, die hier diejenigen Einzelangelegenheiten aufgeführt sind, deren Erfüllung besonders häufig und zeitraubend zu sein pflegt. An den gemeinsamen Angelegenheiten des Gesamtbetriebsrates, deren Erledigung nach § 91 Abs. 2 BRG. Aufgabe des Gesamtbetriebsrats ist, werden insbesondere die Einsendung von Betriebsratsmitteilungen an den Aufsichtsrat, die Mitwirkung an der Verwaltung von Pensionskassen, Werkswohnungen und Betriebswohlfahrtseinrichtungen im Sinne des § 66, Ziffer 9 BRG. und die Vereinbarung von gemeinsamen Dienstvorschriften für das gesamte Unternehmen. Für alle diese Angelegenheiten aber kann aus der Natur dieser Tätigkeit nicht ein regelmäßiges, tägliches Arbeitsbedürfnis herleiten. Umso mehr es wird sich hier in der Regel nur um ein zeitweilig auftretendes Arbeitsbedürfnis handeln. Wenn dann infolgedessen die Prüfungsfürchtigung des § 91 BRG. nicht zu dem Schluß gelangen darf, daß die dauernde Freistellung des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats von der Arbeit im Betrieb notwendig im Sinne des § 85 BRG. ist. Eine Freistellung des Gesamtbetriebsrats kann vielmehr nach Aussage des Reichswirtschaftsrats nur in den Fällen geloben, in denen die Notwendigkeit für einen Aufsichtsrat gemäß § 91 Abs. 2 BRG. ergibt. Es wird insbesondere beispielweise dann in Frage kommen, wenn der Vor-

stand des Gesamtbetriebsrats als Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat delegiert werden sollte, wenn Verhandlungen notwendig sind, um gemeinsame Dienstvorschriften für das gesamte Unternehmen zu vereinbaren usw.; da aber nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen derjenige, der sich auf eine Ausnahme einer Regel beruft, für die Ausnahme beweispflichtig ist, so muß, wie der vorläufige Reichswirtschaftsrat in ständiger Rechtsprechung entschieden hat, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats die Petition ablehnen. In jedem Einzelfalle vorher den Nachweis erbringen, daß eine Freistellung von der Arbeit für eine Sonderfall erforderlich ist. Von der Erbringung dieses Nachweises wird es abhängig sein, ob die Freistellung erfolgen kann oder nicht.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 15. Juli der 29. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 15.—21., und Sonntag, 22. Juli der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22.—29. Juli fällig.

Das Zentralblatt wird nicht mehr von der Hauptgeschäftsstelle Duisburg vertrieben, sondern es wird direkt von Berlin aus den einzelnen Verwaltungen zugestellt, die es dann an ihre Sektionen weiter zu verteilen haben.

Das Frauenblatt, bis jetzt verboten und beschlagnahmt, ist freigegeben. Die nächste Nummer erscheint Ende Juli.

Die Betriebsrätepost ist wegen der Aufraktion seit April nicht mehr erschienen und kann daher auch nicht zur Absendung gelangen.

Literarisches

Die Geschwindigkeitsregulierung der Elektromotoren. Für die Praxis bearbeitet von Ing. W. Fuhrmann, 89 S. 77 Abb. Preis Johann Hammel, Frankfurt/Main, West.

Unter den vielen Vorzügen des Elektromotors gegenüber anderen Kraftmaschinen ist wohl der wichtigste der, daß es möglich ist, die Geschwindigkeit in den weitesten Grenzen zu verändern und so einzustellen, daß die nach den gestellten Anforderungen genau eingehalten werden können, d. h. ohne nennenswerte Verluste und ohne ungünstige Beeinflussung des Wirkungsgrades. Leider bestehen über die Möglichkeiten der Geschwindigkeitsregulierung noch recht viel Unklarheiten und unrichtige Ausschreibungen, weshalb dann bei der Einrichtung und im Betriebe des elektrischen Antriebs die manipselischen Vorgänge deshalb entweder gar nicht oder nur im beschränkten Maßstabe zur Geltung kommen.

Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, wenn ein auf diesen Gebieten weithin bekannte Fachmann es unternommen hat, nach dieser Seite hin ausführlich zu wirken.

Vorstehendes aus der Praxis stammende Werk behandelt auf reizvoller Grundlage sowie an Hand übersichtlicher Schaltungspläne das ganze Gebiet der Geschwindigkeitsregulierung elektrischer Maschinen. Auch über allgemeine Gesichtspunkte der Regulierung verstreut sich der Verfasser, z. B. über die mechanische Geschwindigkeitsregulierung, Regulierbereich, Zeitdauer, Beschränkungen des Regulierbereichs, Bedienung der Regulierung usw.

Infolge der ungeheuren Wichtigkeit in der Verwendung regulierbarer elektrischer Maschinen dürfte daher den interessierten Fachkreisen der Industrianten, Ingenieure, Techniker, Betriebsfachleute und Facharbeiter nur wärmstens empfohlen werden. J. G.

Eine neue Gestalt des Sozialismus?

Dordelan Dr. Kiel.

I.

Vier Jahre Nachkriegszeit haben genügt, um die furchtbare Leere und Döse der sozialistischen Idee darzutun, die durch fünfzig Jahre sich zum Popanz weiter Volksschichten herausgezogen hatte und deren Tätigkeit in Opposition gegen Religion und Staat bestanden hat. Heute sind nun zahlreiche Kreise im Sozialismus in Tätigkeit, um die Pferdeßle zu drapieren und den Umstehenden einzuhauen, daß der marxistische Sozialismus eine sittliche Idee sei, daß man den Materialismus ablehne und wie die Worte alle heissen.

Aber im Innern bleibt man bei Marx und der materialistischen Gesichtsauffassung stehen und möchte nur jenes verdecken vor fremden Augen, was diese nicht sehen lassen sollen, vor allem aber, um diejenigen zu sorgen, die nicht alle werden.

Es ist daher ohne Zweifel gut, wieder einmal kurz die Frage zu untersuchen, ob tatsächlich der Sozialismus die Kulturstärke in sich birgt, die er zu besitzen vorgibt, und ob er sich im Innern gewandelt hat. (Die Schriftleitung.)

Wenn die Sozialisten von heute betonen, daß der Sozialismus nicht eine reine Magenfrage sei, sondern eine Idee, so geben wir das ohne weiteres zu. Der Sozialismus ist aus dem deutschen Idealismus hervorgegangen und wäre als System nicht möglich gewesen ohne ihn. Engels sagte: „Wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, daß wir abstammen nicht bloß von St. Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel.“ Ich habe schon in früheren Schriften dem damaligen Sozialistenführer Max Maurenbrecher Recht gegeben, wenn er austieß: „Was die Massen von Ansang anfaßt hat, was ihnen den Marxismus heute noch wertvoll macht, was den letzten Grund der Agitation und die tiefste Ursache für das stolze Bewußtsein von der weltgeschichtlichen Mission der Arbeiterbewegung bildet: das ist ein metaphysischer Satz über den Sinn des Weltgeschehens; ein Erbstück aus der idealistischen Metaphysik ist es, denn alle Stimmungen in Festreden, Weihnachtsartikeln und Liedern entsprungen, dem das abgrundtiefe Vertrauen in den Sozialismus als den Erlöser der Welt entspricht.“

Auch in dem Sinn wird man der sozialistischen Bewegung einen Kern von Idealismus nicht absprechen können, als es historische Tatsache ist, daß Millionen von Arbeitern in einer Zeit für das sozialistische Ideal sich opferten, als für sie noch nicht die mindeste Aussicht auf dessen Verwirklichung sich bot. Sie sparten sich den letzten Pfennig vom Munde ab in der Absicht, späteren Generationen ein besseres Los zu bereiten. In solchen Sozialisten, die auch schon in schweren Zeiten sich zu der Idee des Sozialismus bekannten, steht ohne Zweifel ein weit tieferer, sittlicher Kern als in jenen Bürger- und Beamtenkreisen, welche vor dem 8. November 1918 hurraschten und dann über Nacht ihre Weltanschauung wechselten. Weit entfernt also sind wir, es dem Sozialismus als Materialismus zu deuten, daß an seiner Wiege die Sorge und die unsittliche, leibliche Not gestanden, daß der erste Ruf des ersten sozialistischen Führers ein Notruf war nach Sättigung und Wärme, nach einem menschenwürdigen Dasein.

Auch das geben wir vom christlichen Standpunkte aus ohne weiteres zu, daß ohne Brot kein Geist, keine Sittlichkeit, keine kulturelle Ordnung, kein Ausschwing über das Gemeine, Notdürftige möglich ist. Die jeßorglichen Erfahrungen bestätigen dies tausendsach: Hunger und Elend des Proletariats im 19. Jahrhundert war die furchtbare Planzhölle des Unglaubens. Das Wohnungselend der Großstädte untergrub rapid die Wurzeln der Volksittlichkeit. Obwohl wir aber das zugeben, trennt uns ein Abgrund von der sozialistischen Weltanschauung. Mit aller nur möglichen Deutlichkeit hält auch eine neue Kundgebung der „Münchener Post“, die sehr programmativen Charakter hat, an der materialistischen Gesichtsauffassung fest: „Unsere Bewegung hat ihre genauen Beziehungen zur modernen Entwicklung gelehrte. Sie kann und will, wo es sich eben um materielle Werte und um die Notwehr gegen scheinidealistisch verkappte Wirtschaftsunfreiheit und soziale Ungerechtigkeit handelt, auf die materialistische Gesichtsauffassung nicht verzichten. Diese bedingt nun aber durchaus keine materialistische Vornertheit oder Verstumpftheit dessen, der sie anwendet, sondern sie ist einfach der grobe Teil, der auf den großen Kloß des menschlichen Egoismus gehört, so wie er sich in der modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte ausgewirkt hat, unserem idealen Wollen zum Trotz. Man messe getrost nach, wie wir an der materialistischen Gesichtsauffassung den Wert all der Schöpfungen, die man unserer hausfamilienhaften Beispieleweise dann in Frage kommen, wenn der Vor-

stand des Gesamtbetriebsrats nicht zu dem Geschwindigkeitsregulierung der Elektromotoren. Für die Praxis bearbeitet von Ing. W. Fuhrmann, 89 S. 77 Abb. Preis Johann Hammel, Frankfurt/Main, West.

Unter den vielen Vorzügen des Elektromotors gegenüber anderen Kraftmaschinen ist wohl der wichtigste der, daß es möglich ist,

die Geschwindigkeit in den weitesten Grenzen zu verändern und so einzustellen, daß die nach den gestellten Anforderungen genau eingehalten werden können, d. h. ohne nennenswerte Verluste und ohne ungünstige Beeinflussung des Wirkungsgrades.

Leider bestehen über die Möglichkeiten der Geschwindigkeitsregulierung noch recht viel Unklarheiten und unrichtige Ausschreibungen, weshalb dann bei der Einrichtung und im Betriebe des elektrischen Antriebs die manipselischen Vorgänge deshalb entweder gar nicht oder nur im beschränkten Maßstabe zur Geltung kommen.

Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, wenn ein auf diesen Gebieten weithin bekannte Fachmann es unternommen hat, nach dieser Seite hin ausführlich zu wirken.

Vorstehendes aus der Praxis stammende Werk behandelt auf reizvoller Grundlage sowie an Hand übersichtlicher Schaltungspläne das ganze Gebiet der Geschwindigkeitsregulierung elektrischer Maschinen. Auch über allgemeine Gesichtspunkte der Regulierung verstreut sich der Verfasser, z. B. über die mechanische Geschwindigkeitsregulierung, Regulierbereich, Zeitdauer, Beschränkungen des Regulierbereichs, Bedienung der Regulierung usw.

Infolge der ungeheuren Wichtigkeit in der Verwendung regulierbarer elektrischer Maschinen dürfte daher den interessierten Fachkreisen der Industrianten, Ingenieure, Techniker, Betriebsfachleute und Facharbeiter nur wärmstens empfohlen werden. J. G.

Siehe oben „Die Geschwindigkeitsregulierung der Elektromotoren.“

Unter den vielen Vorzügen des Elektromotors gegenüber anderen Kraftmaschinen ist wohl der wichtigste der, daß es möglich ist,

die Geschwindigkeit in den weitesten Grenzen zu verändern und so einzustellen, daß die nach den gestellten Anforderungen genau eingehalten werden können, d. h. ohne nennenswerte Verluste und ohne ungünstige Beeinflussung des Wirkungsgrades.

Leider bestehen über die Möglichkeiten der Geschwindigkeitsregulierung noch recht viel Unklarheiten und unrichtige Ausschreibungen, weshalb dann bei der Einrichtung und im Betriebe des elektrischen Antriebs die manipselischen Vorgänge deshalb entweder gar nicht oder nur im beschränkten Maßstabe zur Geltung kommen.

Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, wenn ein auf diesen Gebieten weithin bekanntete Fachmann es unternommen hat, nach dieser Seite hin ausführlich zu wirken.

Vorstehendes aus der Praxis stammende Werk behandelt auf reizvoller Grundlage sowie an Hand übersichtlicher Schaltungspläne das ganze Gebiet der Geschwindigkeitsregulierung elektrischer Maschinen. Auch über allgemeine Gesichtspunkte der Regulierung verstreut sich der Verfasser, z. B. über die mechanische Geschwindigkeitsregulierung, Regulierbereich, Zeitdauer, Beschränkungen des Regulierbereichs, Bedienung der Regulierung usw.

Infolge der ungeheuren Wichtigkeit in der Verwendung regulierbarer elektrischer Maschinen dürfte daher den interessierten Fachkreisen der Industrianten, Ingenieure, Techniker, Betriebsfachleute und Facharbeiter nur wärmstens empfohlen werden. J. G.

Aus unserem Verbandsleben

Eine Bibliothek in Arbeitersfamilien

II das

beste Wahrzeichen für ihren geistigen Inhalt
und die

schönste Zierde für ein Arbeitersheim!

Schundliteratur, Kitch, oder Bücher, die dem „Myl der Grundsatzlosen“ entnommen sind, gehören nicht dazu. Auch ist das Vesen, oder gar das Raufen von schüffigen Romanbüchern nicht nur unnotwendig, sondern sogar schändlich. Denn zumte ist eine Geschichtsschichte ihr Inhalt, wobei sie sich am Schlüsse in der Regel doch steigert. Damit sind diese Blätter ihr Ende, ohne daß der Zeigt einen welschen Genug darin fand, sondern er blieb oft nur eine Zeit, Geld und gute Erinnerung!

Die Bibliothek eines rechten christlichen Gewerkschaftlers muß vielmehr neben religiösen, gewerkschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Anschauungs- und Belohnungsblättern enthalten. Denn eine gute Kunde in religiösen, beruflichen, gewerkschaftlichen, rechtlichen und staatsbürgerschen Leben ist heute notwendiger als je.

Solche Bücher bringen einen Lohn ein, der reichlich lohnt. Tausende und Tausende von Arbeitern, die durch Selbststudium aus der eigenen Bibliothek entweder im Betrieb oder im öffentlichen Leben etwas geworden sind, können dieses bezogenen. Sie selbst, ihre Familien und Mitarbeiter hatten den Augen davon. So sind also auch

Arbeitersfamilien-Bibliotheken gute Stützen für den Aufstieg der Arbeiterschaft!

Köln-Denk. Die erste Feier des 25-jährigen Bestehens einer Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes fand hierzulst am Samstag, dem 30. Juni, statt. In demselben, jetzt allerdings vergroßerten Saale, wo vor 25 Jahren die Gründung erfolgte, hatten sich zu dem überwunden Jubiläum die noch lebenden Gründer, eine stattliche Zahl Ehrenamtler, sowie die Führer und Mitarbeiter der Ortsgruppe mit ihren Damen eingefunden. Ihnen allen entbot der Ortsgruppenvorstande Kollege Wieber einen herzlichen Willkommenstrunk und brachte ferner eine Reihe eingegangener Glückwünschschriften zur Kenntnis der Jubilaranzahlung. Darunter auch jähre von den Verbandsvorstehenden Kollegen Wieber und Schmid, die leider verhindert waren, an dieser Versammlung teil zu nehmen. Besonders lebhaft begrüßt wurde der Führer der Fakultate, der Kollege Georg Döring, der aus Duisburg zu der Feier erschienen war.

Die besten Grüße, sowie die herzlichsten Glück- und Segenswünsche unseres Verbandes und der Hauptleitung entbot Kollege Müller von der Zentrale in Duisburg. In dem Silberkrantz, der Ortsgruppe liegt der ganze Verband und seine Mitglieder ein wohlverdientes Preis der Dankbarkeit. Denn auch von Köln aus, so hieß der Redner, ist die spätere Gründung unseres Verbandes frisch gefordert worden. Gewiß ging der Gedanke, die christlich-soziale Idee wieder in die wirtschaftliche Arbeiterorganisation zu tragen, zuerst von den Duisburger Formen unter Führung des Kollegen Wieber aus. Aber es handelt sich in Duisburg noch um heimige Fachvereinigungen, wohingegen von Köln aus der weitere Rahmen der Berufsvereinigung genährt wurde. Diese vorläufige Gründung in Denk und Umgegend ging in der späteren Gründung unseres Verbandes auf und gab dort eine gute Stütze ab. Die Entwicklung des Verbandes im Kölner Gebiet war immerhin erfreulich. Der weitere Kölner Bezirk steht heute keiner Stärke nach, sowohl nach innen, als auch nach außen, an der Spitze aller Verbandsbezirke. Auch das engere Verbandsgebiet von Köln-Denk hat seine Stellung behauptet. Nun ist also manch gute Führer des Verbandes herau und lange Zeit hindurch hat manche gute christliche Gewerkschaftsarbeid aus der Kölner Bewegung im ganzen Verbandsleben eine Nachahmung gefunden. Neben den Jubilaren ist den bewährten Führern, Mitarbeitern und Mitgliedern am Orte zu danken. Dieser Dank gilt auch all jenen, die sonst unsere Beiträge hier fördern helfen. Das vor einem Vierteljahrhundert hier gefeierte Sänterloft ist groß geworden und hat schon gute Früchte gebracht. Stürme von hüben auf Arbeitgeber- und Schaftrichterseite und von drüben auf Seiten der arbeitslosen Organisationen, sowie auch Stürme selbst in den eigenen Reihen, wo wir verloren wurden, haben der Auslastung nichts geschadet, sondern das Wachstum und die Auslastung nur fördern können. Die erzielten Erfolge wurden kuri bezeichnet. Endes. So hieß der Redner weiter aus, ist nicht Zeit, sich Raum zu eröffnen oder gar auf Vorbereden auszuwenden, denn die härteste Beleidigungsteile, die Richtungslinien in Gegenwart und Zukunft, drogen nach neuen und stärkeren Taten voran. Redner deutete dies fürs ein und forderte zur weiteren Mitarbeit im Sinne der Ziele und Grundsätze auf, die vor 25 Jahren ausgetestet wurden, keine Veränderungen benötigten, und die sich als einzige richtige bezeichneten.

Zwischen batzen die 14 Jubilare die Bühne betreten und würden hier den Kollegen Rommerskirchen von der Ortsgruppe aus auf das Beste gefeiert und sie mit einem kleinen Silberkrantz, um das bekannte symbolische Verbandsabzeichen auseinander. Die Jubilare klang aus in einem feierlichen Dankesgebet der Christlichen Metallarbeiter an die Jubilare, in ihrem Sinne weiter zu arbeiten an der Ausgestaltung unseres Verbandes und damit an der Vermittelung der geistlichen Bedeutungen. Für die Jubilare sprach ausdann ihr alter Führer und Freund, Kollege Döring. Er hieß sie, wie damals aus einem alten Spruch und aus einer Kraft heraus den selbständigen und unabdingbaren Faktor bestimmt werden, ist und gearündet hätte werden müssen. Die Bekämpfung der Arbeiter in den Betrieben und in der Gesellschaft ist unerträglich gewesen und hätte zum gemeinsamen Fortschreitenden Vorsprung gezwungen. Die sozialistischen und sozialen Organisationen machten es den örtlichen Arbeitern unmöglich dies mit zu tun. Das Gehen der eignen Wege war notwendig und wir haben dieses nicht bereut. Trotz aller Anfeindungen habe ich mich, noch sonstige Kreise oder Vereinigungen gründete, erster Führer, darüber mir handelten noch inneren eigenen Empfindungen und nach unserem eigenen Verstand. Dabei erkennen wir erstmals die gute Sache, die uns von den sozialistischen Organisationen gezeigt wurde und haben Herrn Doer der zuständige Führer gefragt. Die Verhältnisse, die 1896 im Kölner Polizeipräsidium vorliegen, uns nicht. In einem gegenwärtigen Zustand, der seit 1897 einen zehnjährigen Standpunkt erreicht hat, der 1897 ein sozialistisches Verbandsgrundsatz geprägt, in der Form, daß eine zweckmäßige Rücksicht zu haben, was auf der ersten Seite stand, war gleich noch vorher keinem Christlichen Arbeitersverband mitgeteilt sein. In Gevelsberg erfolgten Kündigungen mit der Annahme auch als zurückgenommen gelten. Der Märkische Arbeitersverband ist dem sowohl nachgekommen, als er seinen Mitgliedern laut Mitteilungen des soz. Führers Döringhaus gewisse Empfehlungen nach dieser Richtung gab. Wäre nun eher wie vorher bei Einreise der Kündigung jeder einzelne Mann die Kündigung bei seiner Firma zurückgenommen haben, so hätte es kaum größere Schwierigkeiten abgesezt. Aber der sozialistische Metallarbeiterverband wollte es anders: obgleich auf seine Anweisung hin die Arbeitnehmer einzeln gekündigt hatten, sollte der gleiche Weg hernach nicht einzuhängen werden, sondern jetzt sollten die Firmen entsprechende Erklärungen abgeben. Wie weit das sozialistische Verlangen ging, wäre nun sofort, als nicht einmal die sozialistischen Betriebebereiter bereit waren, die Kündigungen der Betriebsräte bei den Firmen zurückzunehmen. Daß ein Teil der Firmen aus einer solchen Haltung die entsprechenden Schließlagerungen ziehen wollte, ist verständlich, wenn auch nicht gut zu heißen. Noch vor Ablauf der Kündigungsaufzeit standen wir weiter, neue Verhandlungen einzugehen, beim Märkischen Arbeitersverband und den Gewerkschaften statt, die am 21. Mai durch einen einstimmig getroffenen Schiedsstrafe zum Abschluß gekommen waren. Es hätte nun darüber keine weiteren, den unterliegenden Schließlagerungen auch in der Zukunft ausrichten zu lassen und die Annahme des Schiedsstrafes davon schriftlich zu machen. Es wurde aber kein Antrag auf diese Kündigung bis vorletzte Standorten fanden sich

Reicher Beifall sohnre alle diese Ausführungen, aus welchen unserer Verbandsredakteur Kollege Wieber, der später erschien, unter lebhaften Beifall einige treffliche Ankanwendungen zog. Das Orchester des Kahl. Junglingsvereins Köln-Denk, ein Doppelquartett des Träger Männer-Singvereins und die Humoristen, die Kollegen Hecht und Wilmersch, haben der ganzen würdigen Jubiläier ein gutes Gepräge, weshalb dieselbe auch einen genialen Verlag erhielt. Nur uns ist damit das zweite Werk Jahrhundert Arbeit im Dienste und im Sinne unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes schon eingeleitet, und es liegt nun mehr an unseren Mitgliedern, Mitarbeiter und Freunden, der neuen Begeisterung, weitere Großtaten gewerkschaftlicher Kleinarbeit und Verbandsarbeit folgen zu lassen!

Achtung! Bisher der Arbeit!

Das Kundschreiben, betreffend Bestellung der „Bücher der Arbeit“ ist von einer Anzahl Verwaltungsstellen noch nicht beantwortet. Wir geben uns die Erwartung hin, die restierenden Meldungen bis 1. August in Duisburg, Stapelstr. 17, zu haben.

Ein sozialistischer „Generalstreit“ in Hagen-Schwellm

Seit Jahr und Tag führen die sozialistischen Richtungen innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes Hagen-Schwellm einen erbitterten Kampf. R. S. P., U. S. P. und A. P.-Richtungen wurden innerhalb des Verbandes in Hagen-Schwellm gebildet, um mit der notwendigen Geschlossenheit arbeiten zu können. Die beiden ersten Richtungen sind zwar inzwischen vereint, aber nur mit Widerstand und Vorbehalt sie sich der K. P. D.-Richtung gegenüber behaupten. In Gevelsberg gelang es den R. S. P. bei der im Januar d. J. erfolgten Wahl der Ortsverwaltung nur mit knapper Not, eine kommunistische Majorität zu verhindern. In Hagen hingegen konnte die kommunistische Richtung einen vollen Sieg erringen, der auch schnellstens ausgenutzt wurde. Denn kurz darauf kam es bei der Kirche Penninghausen zu einem wilden, später zusammenbrochenen Streit. In Gevelsberg lehnte die dortige Ortsverwaltung ebenso wie die Hauptleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Finanzierung des Streites ab, in Hagen hingegen über jahre die Totalkasse verupvert wurde. In einer außerordentlichen Generalversammlung, die daraus einberufen wurde, sprach man der kommunistischen Ortsverwaltung das schärfste Misstrauen aus, und beziehungsweise die Finanzierung des eben erwähnten Streits gelangte eine Entscheidung zur Annahme, die wie folgt lautet:

„Die am 10. Februar 1923 tagende 6th Generalversammlung der Verwaltungsstelle Hagen des D. M. V. schlägt das Verhalten der Ortsverwaltung im Falle d. Bewegung Penninghausen. Insbesondere erklärt sie in der Annahme der Versammlung aus Mitteln der Totalkasse eine unverantwortliche Veräußerung derjenigen Mittel der Organisation, die in erster Linie dazu bestimmt sein sollen, in besonderen Notfällen hellend einzutreten. Die Generalversammlung spricht der Ortsverwaltung, die in solch unverantwortlicher, leichtsinniger Weise mit den Arbeitern Schindluder treibt, ihr schärfste Misstrauen aus.“

Die Generalversammlung fordert:

1. die Ortsverwaltung tritt zurück;

2. die Verbands- und Kassengeschäfte werden bis zur Neuwahl von den Kollegen Sänger und Schäfermann geführt.“

Das Ringen der beiden Richtungen war selbstverständlich damit nicht erledigt. Vor wie nach war die Richtung Mostay in ihrer Klarheit unübertrifft und ließ keine Gelegenheit vorübergehn, die Politik des sozialistischen Metallarbeiterverbandes im kommunistischen Sinne zu beeinflussen. So protestierte dann der Deutsche Metallarbeiterverband in Hagen unfreiwillig noch entschieden gegen die „Be- und Misshandlung“ der broben kommunistischen Abordneten in Landtag, deren rednerische Ergebnisse selbst die R. S. P. nicht anhören wollten. Zwar durchliefen die Beamten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die sich offiziell zur R. S. P. D. rechnen, den Einfluß der Kommunisten zurückdrängen, aber man hat wohl eingeschaut, daß die „gerütteten Geister“ nicht leicht zu bauen sind und sagt bis so gut es geht, der Situation an. Nur so ist die Tochter des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei den neuerdings gründeten Lohnbewegungen zu ersparen, die Anfang Juni den „Sympathie-Generalstreit“ nebstehen ließ.

Werdegang und Verlauf des Generalstreits dürfen als Schulbeispiel dafür gelten, wie ungemein leichtfertig die sozialistischen Führer Tausende von Arbeitern in Not und Elend jagen, wie wenig gewerkschaftliche Regeln und Erfahrungen beachtet werden, wie man alles mitmacht, wenn der Druck der Masse zu befürchten ist.

Die Ursachen des sozialistischen Generalstreits hängen formal betrachtet mit dem Schiedsstrafe zusammen, der für die 1. Hälfte Mai im Tatort Hagen-Schwellm die Höhe regelte. Am Gegenfall zum Christlichen Metallarbeiterverband legten die Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Schiedsstrafe ab und ordneten „Kündigung“ in den Betrieben an. Zwar lehnte nicht nur der Christliche Metallarbeiterverband, sondern auch der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein die Kündigung ab, nichtsdestoweniger führte der Deutsche Metallarbeiterverband seinen Plan weit als möglich aus. In Gevelsberg hatten angeblich 95 Prozent der Arbeitnehmer den Spruch abgelehnt und reichten daraufhin die Kündigung ein. Im Stadt- und Landkreis Hagen wurde auch die Kündigung gemacht, aber merkwürdigweise — man beachte wohl — keine Kündigung eingereicht.

Noch vor der durchgeföhrten Kündigung kamen auf Antrag des Christlichen Metallarbeiterverbandes am 18. Mai neue Verhandlungen zuwohne und führten auch zur Verständigung. Tatkund am 18. Mai die neuen Vereinbarungen getroffen wurden, erklärte die Deutsche Metallarbeiterverband, der doch auch ein Interesse daran hatte, der Arbeiterschaft schnellstens die erhöhte Löhne zu liefern, erst am 26. Mai mit der Neuregelung einverstanden. Gleichzeitig soll dem Märkischen Arbeitersverband mitgeteilt sein, in Gevelsberg erfolgten Kündigungen mit der Annahme auch als zurückgenommen gelten. Der Märkische Arbeitersverband ist dem sowohl nachgekommen, als er seinen Mitgliedern laut Mitteilungen des soz. Führers Döringhaus gewisse Empfehlungen nach dieser Richtung gab.

Wäre nun eher wie vorher bei Einreise der Kündigung jeder einzelne Mann die Kündigung bei seiner Firma zurückgenommen haben, so hätte es kaum größere Schwierigkeiten abgesezt. Aber der sozialistische Metallarbeiterverband wollte es anders: obgleich auf seine Anweisung hin die Arbeitnehmer einzeln gekündigt hatten,

sollte der gleiche Weg hernach nicht einzuhängen werden, sondern jetzt sollten die Firmen entsprechende Erklärungen abgeben. Wie weit das sozialistische Verlangen ging, wäre nun sofort, als nicht einmal die sozialistischen Betriebebereiter bereit waren, die Kündigungen der Betriebsräte bei den Firmen zurückzunehmen. Daß ein Teil der Firmen aus einer solchen Haltung die entsprechenden Schließlagerungen ziehen wollte, ist verständlich, wenn auch nicht gut zu heißen. Noch vor Ablauf der Kündigungsaufzeit standen wir weiter, neue Verhandlungen einzugehen, beim Märkischen Arbeitersverband und den Gewerkschaften statt, die am 21. Mai durch einen einstimmig getroffenen Schiedsstrafe zum Abschluß gekommen waren. Es hätte nun darüber keine weiteren, den unterliegenden Schließlagerungen auch in der Zukunft ausrichten zu lassen und die Annahme des Schiedsstrafes davon schriftlich zu machen. Es wurde aber kein Antrag auf diese Kündigung bis vorletzte Standorten fanden sich

Wir suchen

für unsere Kunstgießerei zum möglichst sofortigen Antritt einen tüchtigen, selbst arbeitenden

Zeichner

welcher mit der Herstellung von Reliefs und Statuen in Bronze- und Eisenguss durchaus vertraut ist. Ledige Bewerber erhalten den Vorzug. Ausführliche Bewerbungen unter Beifügung von Lebenslauf, Zeugnissabschriften, Angabe der Lohnansprüche und des frühesten Eintritstermins sind zu richten unter

B. B. 4871 am Rudolf Mosse, Breslau.